

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 9 vom 19. September 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Seraina Graf, Roman Gugger (bis 20.00 Uhr), Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Daniela Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Lorina Winkler

Entschuldigt

Daniela Huber Notter, Andreas Kübli, Nicole Krenger, Margrit Schwander
Gemeinderat Peter Siegenthaler

Schluss der Sitzung 20:15 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst den Rat zur heutigen Doppelsitzung. Speziell heisst er die neue Stadträtin Sarah Zaugg willkommen und wünscht ihr viel Spass und Erfolg für ihr Amt.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

Der Stadtpräsident gibt im Namen des Gemeinderats eine persönliche Erklärung zur Konzeption 6 ab. Die diesbezügliche Kommunikation hat hohe Wellen geworfen und zahlreiche Kommentare nach sich gezogen. Er hat festgestellt, dass die Fakten vielen gar nicht, unvollständig oder nur einseitig bekannt sind. Der Gemeinderat schätzt das Angebot der Konzeption 6 sehr und hat grossen Respekt vor der unternehmerischen Leistung und den dahinterstehenden Persönlichkeiten. Die Stadt Thun ist selbst auch Kundin der Konzeption 6. Der Gemeinderat möchte deshalb, dass das Angebot ökonomisch und rechtlich auf eine korrekte Basis gestellt werden kann. Das Nutzungskonzept der daskonzept AG, welches diese im Jahr 2008 im Rahmen der Ausschreibung eingereicht hat, sieht einen Ausstellungsraum und die Endmontage von Designermöbeln mit vier Arbeitsplätzen, Event/Kultur ebenfalls mit vier Arbeitsplätzen und einen Gastronomiebetrieb mit ca. zehn Arbeitsplätzen vor. Diese Nutzung ist im Mietvertrag sowie in der geltenden Überbauungsordnung abgebildet. Es trifft daher nicht zu, dass von Anfang an weitere Arbeitsplätze geplant waren. Auf diesem Konzept basierte damals auch die Mietzinsberechnung. In Thun kostet die Miete von Lagerfläche 80 bis 120 Franken pro Quadratmeter und Jahr. Der Mietzins für die Halle liegt wesentlich tiefer, was auch zeigt, dass die entsprechende Nutzung damals dieser Berechnung zugrunde gelegt wurde. Die Miete von Bürofläche ist mit 160 bis 200 Franken pro Quadratmeter und Jahr wesentlich teurer. Das geänderte Konzept mit den Co-Working-Arbeitsplätzen, welches der Gemeinderat übrigens gut findet, hat nun dazu geführt, dass die Nutzung weder dem Vertrag noch der Überbauungsordnung entspricht. Diesbezügliche Diskussionen haben bereits seit längerem stattgefunden. Da sich die Parteien nicht einig wurden, fand am 12. Februar 2018 eine Sitzung im Büro des Stadtpräsidenten unter der Anwesenheit von Herrn Biesenkamp, einem weiteren Verwaltungsratsmitglied der daskonzept AG und dem Bauvorsteher statt. Es wurden Lösungsmöglichkeiten erörtert und verschiedene Varianten diskutiert. Der Stadtpräsident hatte den Eindruck, das Ganze sei auf einem guten Weg, auch dank dem Verwaltungsratsmitglied, welches die Problematik gut nachvollziehen konnte und eine konstruktive Rolle spielte. Das nächste Gespräch fand am 26. April 2018 mit den Verantwortlichen des Amts für Stadtliegenschaft statt – leider nicht mehr mit der gleichen Delegation, da das Verwaltungsratsmitglied der daskonzept AG bereits ausgeschieden war. Die Stadt hatte im Vorfeld der Besprechung auf eigene Kosten eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, um festzustellen, ob die nötigen Anpassungen überhaupt möglich seien. An der Sitzung wurde argumentiert, die veränderte Nutzung gehe vom Mieter aus und es handle sich deshalb um einen Mieterausbau. Es wurde diskutiert, wie der Investitionsbetrag für Heizung und WC-Anlagen von insgesamt ca. 415'000 Franken finanziert werden kann. Die Stadt war bereit, diese Finanzierung zu übernehmen und die Kosten, auf zehn Jahre verteilt, durch den Mieter amortisieren zu lassen. Die veränderte Nutzung hätte zudem aufgrund der unterschiedlichen Mietpreise von Büro- und Lagerflächen zu einem höheren Mietzins führen müssen. Gleichzeitig hätte die Stadt eine Zonenplanänderung in Angriff genommen. Eine Aktennotiz hielt fest, die daskonzept AG bekunde grosses Interesse an der Weiterführung des Betriebs, jedoch müsse zuerst die finanzielle Situation geregelt werden. Herr Biesenkamp würde bis zum 31. Mai 2018 dem Amt für Stadtliegenschaften mitteilen, ob die daskonzept AG die notwendigen finanziellen Mittel aufbringen könne. Bei einer positiven Rückmeldung sollte das Amt für Stadtliegenschaften anschliessend die Anpassung an die UeO lancieren. Da jedoch keine Rückmeldung erfolgte, konnte dieser Weg leider nicht weiterverfolgt werden. Es folgte eine Anzeige durch eine Drittperson, worauf der Regierungstatthalter die fehlende Zonenkonformität feststellte und ein Baupolizeiverfahren eröffnete. Der Stadtpräsident betont, dass der Gemeinderat nach wie vor an einer guten und einvernehmlichen Lösung interessiert ist. Der Bauvorsteher Konrad Hädener und er sind bereit, weitere Gespräche zu führen. Dabei ist ihnen ein möglichst faktenbasiertes Vorgehen wichtig. Der Wunsch des Gemeinderats ist es, dass auch auf Seiten der daskonzept AG die Voraussetzungen geschaffen werden, dass man sich zusammen an einen Tisch setzen und die Sache bereinigen kann. Er betont, dass aber auch das Führen von Gesprächen keinen Einfluss auf den Entscheid des Regierungstatthalters hat. Der einzige Weg wird deshalb sein, dass die Mieterin Beschwerde gegen den Entscheid erhebt, um etwas Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Er hofft auf eine einvernehmliche Lösung, da das Angebot der Konzeption 6 für und in Thun gut ist.

100. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. August 2019

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, bittet den Stadtpräsidenten, seinen Wortlaut von der letzten Sitzung zum gemeinnützigen Wohnungsbau in zukünftigen Arealentwicklungen zu wiederholen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, er habe eine Aussage gemacht, gemeinnütziger Wohnungsbau solle in zukünftigen Arealentwicklungen eine prominente Rolle spielen. Diese war jedoch im Protokoll nicht auffindbar.

Der Stadtpräsident erinnert den Rat an den Wortlaut der Wohnstrategie, der besagt, dass die Stadt den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen steigern will. Der aktuelle Anteil beträgt ca. 10 Prozent, was bedeutet, dass bei Arealentwicklungen jede Prozentzahl über zehn das Angebot steigert und jede unter zehn es vermindert. Da sich der Gemeinderat verpflichtet hat, das Angebot zu steigern, muss er darauf achten, dass bei den Arealentwicklungen ein angemessener Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau besteht.

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend ohne Anpassungen genehmigt.

101. Sachkommission Bau und Liegenschaften

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Till Weber

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Sachkommission B+L wird als Mitglied anstelle von Till Weber (Fraktion Grüne/JG) per sofort gewählt Sarah Zaugg (Fraktion Grüne/JG).

Als neue Vizepräsidentin der Sachkommission B+L wird anstelle von Till Weber (Fraktion Grüne/JG) per sofort gewählt Michelle Marbach (Fraktion Grüne/JG).

102. Arealentwicklung Siegenthalergut

Kenntnisnahme Prozessbericht vom 7. August 2019 und Verpflichtungskredit

Bericht des Gemeinderates Nr. 27/2019

Der Stadtpräsident macht den Rat darauf aufmerksam, dass es sich beim Siegenthalergut um eine Siedlungslücke handelt. Die Arealentwicklung ist keine neue Idee; bereits seit 2006 sehen verschiedene Konzepte eine Einzonung vor, so auch das STEK 2035. Die Siedlungslücke ist umgeben von bestehenden dichten und gut durchmischten Wohnquartieren mit Schulanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und Quartierzentren. Deshalb soll auf dem Siegenthalergut nicht bloss ein Areal entstehen, sondern ein neues Quartier. Der Gemeinderat hat vor dem Stadtratssaal ein Modell der geplanten Überbauung ausgestellt. Es handelt sich nicht nur um eine sogenannte Verdichtung, bei der einfach alles verbaut wird. Bestandteil des Konzepts und Teil des Kredits ist ein öffentlicher Park von ca. 7'000 Quadratmetern, da bei dichten Überbauungen klug angesiedelte Grünräume vorgeschrieben sind. Der Gemeinderat glaubt, durch den Park die Aufenthaltsqualität steigern zu können. Auch die Verkehrssituation ist gut gelöst, wie die Experten anlässlich der Informationsveranstaltung verkündet haben. Der Gemeinderat beantragt die genannten Mittel für eine Fortführung dieser qualitätsvollen Entwicklung und bittet den Rat um seine Zustimmung.

Peter Aegerter, **SAKO P+StE**, setzt dank der durchgeführten Informationsveranstaltung für alle Stadtratsmitglieder und des aufgestellten Modells einen hohen Wissensstand zum vorliegenden Geschäft voraus. In der SAKO wurden nach der Informationsveranstaltung verschiedene Aspekte vertieft besprochen. Der Landabtausch mit der heutigen Freifläche des Martinsparks ist wichtig, weil das Quartier eine Grünfläche als öffentliche Freifläche braucht. Die Stadt hat ein indirektes Mitspracherecht bei der Entwicklung des Areals, da ein Teil der bestehenden Freifläche Martinspark für die neue Grünfläche verwendet werden soll. Des Weiteren sind ökonomische Aspekte zu berücksichtigen: Aufgrund der Grundeigentumsverhältnisse

kann die Stadt nicht sämtliche Bestimmungen fix in einer Zone mit Planungspflicht (ZPP) vorgeben. Die Herausforderung besteht darin, mit den heutigen Grundeigentümern und künftigen Investoren eine gemeinsame Lösung zu finden. So bestehen erhebliche Risiken, dass nichts geschieht, wenn man sich nicht findet. Nebst der ZPP müssen planungsrechtliche Vorschriften und die Frage der Mehrwertabschöpfung geregelt werden. Die abschliessende Schätzung der Mehrwertabschöpfung kann erst nach der Genehmigung der ZPP erfolgen. Die ZPP sollte dem Stadtrat in einem bis eineinhalb Jahren vorgelegt werden. Der SAKO wurde die Kostenzusammenstellung, die dem Verpflichtungskredit beiliegt, detailliert erklärt. Es macht den Anschein, als trage die Stadt die Hauptlast der notwendigen nächsten Planungsschritte. Die Finanzierung der Wettbewerbskosten von mehreren hunderttausend Franken für die mindestens fünf Wohnfelder obliegt jedoch nicht der Stadt, sondern dem Investor. Mit der Zustimmung zum Kredit kann die Stadt die Planung weiterhin eng begleiten, mitgestalten und die städtischen Interessen einbringen. Weiter hat die SAKO den Standort der bestehenden Bushaltestelle hinterfragt. Die Stadt möchte eine eigene Bushaltestelle realisieren, was mit der zuständigen Fachbehörde geklärt werden muss. Bezüglich Energielabel wird teilweise mehr Innovation gefordert, um dem Thema Nachhaltigkeit mehr Gewicht beizumessen. Dies wird im Rahmen des weiteren Verfahrens vertieft geprüft, ebenso die Festsetzung einer maximalen Parkplatzzahl. Aufgrund des Höhenbegrenzungskatasters des Flughafens Thun sind keine Hochbauten möglich. Bezüglich Einzonung wurde festgestellt, dass die Stadt Thun eigentlich gar kein Einzonungspotential mehr hat. Weil das Siegenthalergut jedoch als kantonaler Schwerpunkt Wohnen gilt, spielt das in diesem Fall keine Rolle: Es werden weder Baulandreserven benötigt noch müssen Fruchtfolgefleichen kompensiert werden. Die SAKO P+StE empfiehlt einstimmig die Annahme des Verpflichtungskredits und die Kenntnisnahme vom Prozessbericht.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, findet den bisher gewählten Prozess für die Basis einer ZPP ideal. Im weiteren Verlauf wünscht sich die SP-Fraktion schweizweite Qualitätsnormen, so z.B. die SIA-Norm bei Wettbewerben, damit ein zweiter Fall Selve-Areal verhindert werden kann. Sie befürwortet auch die autofreie Planung. Sehr schade ist hingegen, dass der gemeinnützige Wohnungsbau nur am Rande erwähnt wird, und Sozialwohnungen gar nicht – vor allem, wenn man bedenkt, dass der Gemeinderat während der intensiven Diskussion zur ZPP Freistatt in der letzten Stadtratssitzung signalisierte, dass er auch im Hinblick auf weitere Arealentwicklungen, insbesondere auf das Siegenthalergut, den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern wolle. Es war etwas merkwürdig, dass sich weder die Medienmittelung noch der Stadtratsbericht dazu äusserten. Diese Investitionen mögen zwar am Anfang etwas teurer erscheinen, werden sich jedoch auszahlen. Das Gleiche gilt für die Energie: Die SP-Fraktion gibt sich nicht zufrieden mit SNBS oder SNBS Platin, sondern erwartet den Standard Plusenergie, der weiter geht. Plusenergie-Quartiere oder -Städte produzieren mehr Energie, als sie verbrauchen, und der Energieüberschuss lässt sich weiterverwenden. Dies ist bereits jetzt wichtig, da die heute geplanten und ums Jahr 2025 gebauten Gebäudehüllen noch weit über das Jahr 2050 hinaus bestehen werden. Wir müssen jetzt anfangen, wenn wir bis dann die Klimaziele einhalten wollen. Ausserdem kann mit Plusenergie-Neubauten der hohe Energieverbrauch bereits gebauter, alter oder historischer Gebäude wie beispielsweise des Rathauses kompensiert werden. In der Planung ist der SP-Fraktion die Unterführung für die Querung der Burgerstrasse ins Auge gestochen. Gerade in der Dämmerung oder Dunkelheit sind Unterführungen nicht beliebt und Beispiele bestehender Unterführungen (z.B. in der Chartreuse in Hünibach) zeigen, dass diese nicht oft genutzt werden und die Passanten lieber oberirdisch die Strasse queren, was dann gefährlich ist, weil es so nicht geplant ist. Rollstuhlgängig sind Unterführungen auch nur dann, wenn die Lifte funktionieren. Die SP-Fraktion wünscht sich deshalb eine bessere und sicherere Lösung. Weiter fiel ihr auf, dass der Frauenanteil bei der Projektplanung nicht mal einen Drittel beträgt. Zu begrüssen sind hingegen die kurzen Wege zu den Kitas. Zum zweiten Punkt des Stadtratsbeschlusses stellt die SP-Fraktion einen Antrag: Den Bruttokredit von 750'000 Franken kann man so stehenlassen, da eine gute, ausführliche Planung sehr wichtig ist. Die Fraktion beantragt jedoch, in den drei Punkten *Machbarkeitsstudie Personenunterführung Burgerstrasse*, *Gestaltungs- und Betriebskonzept Hohmadstrasse* sowie *Studienauftrag öffentlicher Park und öffentliche Aussenräume* die Kosten mit der Investorin Frutiger AG zu teilen. Diese drei Punkte haben nämlich eine qualitätssteigernde Wirkung auf das Quartier.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Bereitstellung der guten Grundlagen zu dem Geschäft. Der Rat spricht heute nur von einem Verpflichtungskredit, der in Zukunft in eine ZPP münden soll. Ein neues Quartier, keine Überbauung – diese Aussage ist für die FDP zentral, wenn sie dem Verpflichtungskredit zustimmen soll. Die vielen Unbekannten bei der Erstellung eines neuen Quartiers, z.B. öffentlicher Raum, Mobilität, Erschliessung oder neue Schulraumbedürfnisse, bedürfen einer gesamtheitlichen

Betrachtungsweise, bei der auch die Bevölkerung miteinbezogen werden muss. Fehler aus der Vergangenheit müssen bei diesen Planungsschritten vermieden werden. Damit sind Fehlentwicklungen gemeint, zum Beispiel die Effizienz bei der Planung der Schadaugärtnerei. Es müssen wegen der höheren Komplexität wirksamere Methoden zu einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise eingesetzt werden. Der öffentliche Park wird in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Die Stadt hat nicht nur eine erfolgreiche Geschichte mit Parkanlagen, wenn man an den Selvepark denkt. Der Park im Siegenthalergut wird eine entscheidende Bedeutung als Begegnungs-, Erholungs- und Spielzone haben und ist in diesem verdichteten Gebiet besonders wichtig. Wegen der zunehmenden Klimaerwärmung sind diese sogenannten Kühlzonen immer wichtiger. Im Städtebau ist der Position der Hochbauten immer mehr Gewicht beizumessen. Um die Stadt zu kühlen, sollten Bauten so gestellt werden, dass Wind in die Innenstadt fließen kann. Dies kann zwei bis drei Grad Celsius ausmachen. Stadtrat van Wijk ist gespannt, ob die Planer dies berücksichtigen werden. Mit der vorgeschlagenen Kostenteilung ist er einverstanden, insbesondere weil die Projektwettbewerbe Baufelder zu 100 Prozent durch den Investor Frutiger AG übernommen werden. Die FDP hofft auf einen erfolgreichen Prozess und stimmt dem beantragten Kredit einstimmig zu.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, hat sich von der Begeisterung der Experten etwas anstecken lassen. Noch begeisterter wäre seine Fraktion, wenn jemand von ihnen ein Planungs- oder Architekturbüro besässe und einen Auftrag erhalten hätte. Sie haben verzweifelt nach dem Haar in der Suppe gesucht und schlussendlich sind einige Fragen aufgekommen betreffend die Mehrwertabschöpfung, den öffentlichen Verkehr, den Park (diesen betrachten sie als geniale Lösung) und die geplanten Dienstleistungen. Die glp/BDP-Fraktion setzt grosses Vertrauen in das Geschäft. Die zu bewilligenden 750'000 Franken sind viel Geld, doch die Fraktion hat den Prozessbericht wohlwollend zur Kenntnis genommen und stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, betont, dass das Projekt Mut und eine ganzheitliche Sichtweise ausstrahlt, und gratuliert allen Beteiligten für ihre bisher geleistete Arbeit. Durch den Verpflichtungskredit bleibt die Stadt in Zukunft stark mit dem Projekt verbunden und kann qualitative Elemente sowie wichtige Entwicklungen besser gewährleisten. Das Projekt verfügt jedoch auch über ökonomische Elemente, die im Hintergrund laufen und nicht so einfach verständlich sind. Über diese hat der Stadtrat bis anhin noch nicht viel erfahren. Die Tabellen zur Kostenverteilung lassen durchaus verschiedene Interpretationen zu. Deshalb hat Stadtrat Baumann-Fuchs mit der Frutiger AG Kontakt aufgenommen. Es wurde ihm versichert, dass die Frutiger AG ganz hinter dem Projekt stehe, einschliesslich des Parks, und das Projekt als ausgewogen erachte. Seiner Fraktion ist die Balance zwischen der privaten Seite als Investor und Landbesitzer sowie der öffentlichen Hand wichtig – vor allem denkt sie dabei an den Landabtausch Bauland gegen Park. Da es sich um zwei verschiedene Parzellen handelt, von denen eine der Stadt gehört, sind gleichwertige Vorgaben auch bezüglich Nachhaltigkeit und gemeinnützigem Wohnungsbaus wichtig. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand einseitig Lasten zu tragen hat. Weil der Fraktion dazu Informationen fehlen, die zum Teil noch gar nicht vorliegen, hat die Fraktion EVP+EDU+CVP heute einen Vorstoss mit Fragenstellungen zur ökonomischen Seite des Projekts eingereicht. Dies gibt dem Stadtrat die Chance, rechtzeitig Einfluss zu nehmen, bevor eine ZPP auf dem Tisch liegt. Das hindert die Fraktion jedoch nicht an der Zustimmung zum Verpflichtungskredit, da eine gute, sorgfältige Planung bei einem solchen Projekt wichtig ist.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, betont die grosse Herausforderung im vorliegenden Projekt. Das gewählte Verfahren und das Richtkonzept überzeugen seine Fraktion in vielerlei Hinsicht und das Resultat ist städtebaulich bereits ein grosser Beitrag. Er begrüsst das Vorgehen mit dem städtebaulichen Vertrag, da eine ZPP allein nicht ausreicht, um die Stadtentwicklung auf Quartiersebene zu gewährleisten. Gerade deshalb wird heute der Verpflichtungskredit bewilligt, da es die Aufgabe der Stadt ist, auch in Zukunft mitzubestimmen. Es ist ganz im Sinn seiner Fraktion, dass der städtebauliche Vertrag nebst dem Planungsprozess auch Vorgaben zum nachhaltigen Bauen enthält. Sie wünschen sich eine Präzisierung zum Erfüllungsgrad des SNBS 2.0, da die Vorgabe sonst nahezu nutzlos ist. Stadtrat Rosenberg regt an, die Aufnahme der Bestimmungen zum gemeinnützigem Wohnungsbau in den Vertrag zu überprüfen. Die Grünen wünschen sich, den Vertrag zusammen mit der ZPP zu beurteilen. Im Dokument zur Nachhaltigkeitsbeurteilung der Gartenmann Engineering AG steht unter Punkt 4.4, dass das Label 2000-Watt-Areal bezüglich Energiebedarf hohe Anforderungen stellt. Heute kennen alle das Ziel «Netto-Null bis 2050». Das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft ist älter und hat zum Ziel, bis zum Jahr 2100 noch eine Tonne CO₂ pro Person/Jahr auszustossen. Mit dem Abkommen von Paris haben wir uns zu etwas verpflichtet, welches 50

Jahre später das Gleiche verlangt: In der heutigen Realität sind die Anforderungen der 2000-Watt-Gesellschaft also nicht streng, sondern viel weniger streng als das, was es zur Zielerreichung bräuchte. Die Fraktion Grüne/JG stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die beispielhafte Aufgleisung der Entwicklung Siegenthalergut. Die Verantwortlichen haben das Projekt zurecht gewürdigt und gelobt und es gilt jetzt, dem Verpflichtungskredit für die weiteren Planungsschritte zuzustimmen. Man kann davon ausgehen, dass die bisher mit den Grundeigentümern und künftigen Investoren geführten Gespräche subtil, vertrauensvoll und zielführend ausgefallen sind. Nur vor diesem Hintergrund ist es möglich, die nächsten Schritte anzugehen. Am Anfang einer neuen Quartierplanung ist es nachvollziehbar, dass Begehrlichkeiten aus verschiedenen Richtungen geweckt werden. Heute ist jedoch nicht der Zeitpunkt, um über Details und Forderungen zu diskutieren, die im Rahmen einer künftigen ZPP festgehalten werden. Mit der Umsetzung der Anforderungen des SNBS wird auch unserer Umwelt vollumfänglich Genüge getan. Auch in der aktuellen Frage des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist eine subtile Vorgehensweise notwendig. Überhöhte Forderungen diesbezüglich bringen für die Arealentwicklung Risiken mit. Es könnte auch eine Zielsetzung sein, das private Wohneigentum mit dem Bau von günstigen Eigentumswohnungen zu fördern. Er ruft dazu auf, den Verantwortlichen den notwendigen Spielraum für innovative Lösungsfindung zu gewähren. Bereits in der Wohnstrategie 2030 wird ein grosses Potential des Siegenthalerguts als Entwicklungsgebiet Wohnen ausgewiesen, das STEK 2035 nennt die Entwicklung als Wohngebiet als Ziel und auch in den Legislaturzielen steht das Optimieren des Angebots als Wohnstadt an oberster Stelle. Mit dem neuen Quartier mit ca. 800 Wohnungen für ca. 2'000 Personen wird das umgesetzt. Für die Stadt Thun stellt bereits die Planung des neuen Quartiers ein Leuchtturmprojekt dar. Die vorliegende Studie überzeugt in verschiedener Hinsicht. Die Wegführung erscheint logisch und fast natürlich – das Ganze hat Hand und Fuss. Beim geplanten Park hingegen ist zu hoffen, dass es nicht einen zweiten Fall Selve-Park gibt. Die SVP-Fraktion freut sich auf das Ergebnis der nächsten Planungsschritte und nimmt den Antrag des Gemeinderats einstimmig an.

Der Stadtpräsident bedankt sich beim Rat für die gute Aufnahme des bisherigen Planungsprozesses. In Sachen gemeinnütziger Wohnungsbau laufen aktuell Verhandlungen. Es ist zu bedenken, dass die Situation anders ist, da es sich nicht um stadt-eigenen Boden handelt und ein privater Investor im Spiel ist. Es ist klar, dass die Zielsetzungen der Wohnstrategie erfüllt werden sollen, doch die Interessenlage ist nicht immer die gleiche und man muss sich finden. Das Thema Energievorschriften wird vertieft werden; unter anderem wird in der SAKO die Thematik SNBS aufgearbeitet werden. Bezüglich der verschiedenen Labels ist zu bedenken, dass möglicherweise weitere hinzukommen werden. Es wird deshalb gelten eine intelligente Lösung zu finden, damit man sich nicht zu sehr festlegt. Vor der Machbarkeitsprüfung einer Unterführung wird man auf jeden Fall andere Varianten der Querung prüfen müssen. Der Stadtpräsident nimmt Bezug auf den Antrag zur Kostenbeteiligung der SP-Fraktion. Grundsätzlich beteiligt sich die Stadt an den öffentlichen Flächen, während für Betrieb und Bau der Investor zuständig ist. Es ist zu beachten, dass eine Mehrwertabgabe im zweistelligen Millionenbereich zu erwarten ist, welche die Stadt auch wieder für Infrastrukturbauten verwenden kann. Er kann den Antrag der SP-Fraktion, dass der Investor sich an den Kosten beteiligen soll, nachvollziehen. Jedoch hat die Stadt mehr Freiheiten, wenn sie die Studie allein finanziert, während bei einer gemeinsamen Finanzierung mit einem Partner dessen Interessen auch berücksichtigt werden müssen. Ein potentieller Partner könnte im Gegenzug für eine Beteiligung an der Studie verlangen, dass sich die Stadt auch an den Architekturwettbewerben der Baufelder beteiligt. Er stimmt Stadtrat Baumann-Fuchs zu, dass die ökonomischen Zusammenhänge relativ komplex sind und empfiehlt die Zustimmung zum vorliegenden Kredit. Danach ist wichtig, gut zu verhandeln und dem Rat transparent darzulegen, was abgemacht wurde. Wenn das Projekt erstellt werden soll, muss die Stadt demjenigen, der das Risiko trägt, einen Gewinn in Aussicht stellen. Aus rechtlicher Sicht ist dem Antrag zu entgegnen, dass ohnehin ein Bruttokredit beantragt werden muss, da ein Nettokredit finanzrechtlich aufgrund fehlender Voraussetzungen nicht zulässig ist. Deshalb liegt der Betrag bei 750'000 Franken – und nicht bei 625'000 Franken. Die Aussagen betreffend Selvepark nimmt der Stadtpräsident zur Kenntnis, betont aber, dass es in Thun durchaus auch lobenswerte Parkanlagen gibt.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, beantragt drei Minuten Sitzungsunterbruch zwecks Beratung, ob der Antrag aufrechterhalten werden soll.

Kurzer Sitzungsunterbruch

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, gibt den Rückzug des Antrags bekannt.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Bericht vom 21. August 2019,

beschliesst einstimmig:

1. Kenntnisnahme Prozessbericht Siegenthalergut vom 7. August 2019.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von brutto 750'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.017 (Bilanzkonto Nr. 14290.10.01) für die Arealentwicklung Siegenthalergut.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

103. Neuer Leistungsvertrag mit dem Berufsverband t. – Theaterschaffende Schweiz – für die Schweizer Künstlerbörse 2020 bis 2023

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe der Stadt Thun von 125'000 Franken inkl. MWST (Barbeitrag und Dienstleistungen/Gebührenverzicht der Stadt Thun) an die Schweizer Künstlerbörse für die Jahre 2020 bis 2023

Bericht des Gemeinderates Nr. 28/2019

Gemeinderat Roman Gimmel macht auf den unterschiedlichen Wissensstand zur Künstlerbörse aufmerksam. Bisher waren sich Gemeinderat und Stadtrat immer einig darüber, dass es sich bei der Künstlerbörse um ein Produkt mit nationaler Leuchtkraft handelt, das andere Städte auch gerne hätten – etwa vergleichbar mit den Thunerseespielen. Der Gemeinderat will die Künstlerbörse behalten und die Leistungsvereinbarung erneuern. Eine Änderung gegenüber dem alten Leistungsvertrag ist, dass der Berufsverband fusioniert hat und neu t. heisst. Es handelt sich aber teils um die gleichen Köpfe und Institutionen. Gemeinderat Roman Gimmel bittet den Stadtrat, ein starkes Signal in die ganze Schweiz zu senden, dass die Stadt Thun den Anlass auch in den Jahren 2020-2023 behalten will.

Reto Kestenholz, **SAKO BiSK**, möchte nichts Neues anfangen, sondern das Bewährte weiterziehen. Die Stadt Thun das hat Privileg, dies zu den bisherigen Konditionen zu tun. Die SAKO möchte die Künstlerinnen und Künstler unterstützen und empfiehlt einstimmig die Annahme des Verpflichtungskredits.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, sieht die Kultur als wichtiges Anliegen seiner Partei. Die vielseitigen und kreativen Darbietungen können den Künstlerinnen und Künstlern eine Tür öffnen, um grössere Bekanntheit zu erlangen. Er ist gespannt auf die nächsten Ausgaben und hofft, dass der Anlass auch über die nächsten vier Jahre hinaus in Thun beherbergt werden darf. Die Fraktion Grüne/JG unterstützt die bewährte Zusammenarbeit und nimmt den Verpflichtungskredit einstimmig an.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, stimmt mit ihrer Fraktion dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Sie betont die grosse Wirkung der Künstlerbörse in der Schweiz und sogar im Ausland. Die Veranstaltungen sind auch für die Bevölkerung interessant und sie werden rege besucht. Die Hauptprobe am Mittwoch ist jeweils öffentlich, sodass sich jedermann einen Eintritt leisten kann. Der Anlass ist eine Möglichkeit für die Stadt Thun Werbung zu machen. Sie hat die Darstellung der Fusion des Theaterverbands an der letzten Künstlerbörse mitverfolgt, die sehr humorvoll dargestellt wurde. Der Vertrag erscheint der SVP-Fraktion moderat; die finanziellen Leistungen der Stadt bleiben in den nächsten vier Jahren gleich. Der hohe Eigenfinanzierungsgrad ist nur möglich dank den vielen Freiwilligen.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, betont die internationale Ausstrahlung der Schweizer Künstlerbörse. So hat das Geschäft in seiner Fraktion keine grossen Diskussionen ausgelöst. Der Anlass soll in Thun bleiben, deshalb unterstützt die Fraktion EVP+EDU+CVP den Verpflichtungskredit.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, erachtet den Anlass, welcher die Stadt Thun gemäss dem Schweizer Radio und Fernsehen SRF jeden Frühling in die «Hauptstadt der Kleinkunst» verwandelt, als enorm wichtig und möchte ihn in der Stadt behalten. Dieser findet zwar früh im Jahr bei meist kühlem Wetter statt, wird aber dennoch rege besucht und ist tageweise sogar ausverkauft. Stadtrat Vannini würde sich über Einstimmigkeit zu diesem Antrag freuen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, sieht die Börse für Kleinkunst als eines der Highlights im Frühling und als wichtigen Anlass für die Besucher und die Stadt Thun. Sie freut sich sehr und dankt dem Gemeinderat, dass der Leistungsvertrag mit zwischen der Stadt Thun und dem Berufsverband t. über die nächsten vier Jahre abgeschlossen werden soll. Die SP-Fraktion unterstützt das Geschäft einstimmig. Sie regt an, im neuen Leistungsvertrag ab 2024 die weibliche Form in den Titel zu integrieren, da viele Frauen als Künstlerinnen und Freiwillige engagiert sind. Der Anlass verbindet Tradition und Moderne, was nach wie vor den Nerv der Zeit trifft, und ist Kultur für alle. Der Erfolg zeigt sich auch im erfreulich hohen Selbstfinanzierungsgrad. Die Ziele im Leistungsvertrag sind SMART – spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminierbar. Die SP-Fraktion wünscht der Künstlerinnenbörse weiterhin viel Erfolg und dankt allen Freiwilligen für ihr Engagement.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) darf die Leistungsvereinbarung nun schon zum dritten Mal vertreten. Die Künstlerinnen- und Künstlerbörse muss in Thun bleiben und es gibt ihres Erachtens keine Alternative zur Zustimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Bericht vom 21. August 2019,

beschliesst einstimmig:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 125'000 Franken inkl. MWST (städtischer Barbeitrag von CHF 110'000 sowie Dienstleistungen/Gebührenverzicht der Stadt Thun mit einem Kostendach von maximal CHF 15'000) als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung für die Jahre 2020 bis 2023.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

104. Postulat P 13/2019 betreffend Förderung energietechnisch sinnvoller Sanierungen durch Anreize

Fraktion SVP und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2019; Beantwortung

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, erläutert die Ziele des Postulats. Es geht darum, zu informieren, zu motivieren und zusammen etwas zu bewegen. Die Hauseigentümer sollen über Subventionen und Förderungsmassnahmen von Bund und Kanton, den Ablauf eines Bauverfahren und darüber informiert werden, welche energietechnischen Massnahmen sinnvoll und möglich sind und welche erneuerbaren Energien man in sein Haus einbauen könnte. Diese Information soll über die Energie-Beratungsstelle erfolgen, die es bereits gibt, die aber durch das Postulat bekannter werden soll. Ein kostenloser Zugang zu dieser Stelle baut bei den Hauseigentümern Hemmungen ab, eine Beratung in Anspruch zu nehmen. Weiter sollen Hauseigentümer motiviert werden, die energietechnischen Massnahmen auch umzusetzen. Wenn eine Baubewilligung nichts kostet oder es gar keine braucht, ist die Motivation umso höher. Drittens möchten die Postulanten etwas bewegen und als Stadt Thun zusammen mit den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern etwas für das Klima tun. Sie dankt dem Gemeinderat für die wohlwollende Aufnahme des Postulats und bittet ihn ausdrücklich, weitere Anreize wie den Verzicht auf eine Baubewilligung in solchen Verfahren zu prüfen. Die SVP-Fraktion wünscht sich Einstimmigkeit in der Annahme des Postulats und erhofft sich, zusammen etwas für das Klima zu tun.

Hanspeter Aellig (FDP) bedankt sich als Mitunterzeichner beim Gemeinderat für die gute Aufnahme des Postulats. Die FDP steht zum Übereinkommen von Paris für eine Halbierung der Klimaabgase um die Hälfte bis 2030 im Vergleich zu 1990 und zur Nettonull-Senkung bis 2050. Mit einem Anteil von rund 27

Prozent ist der Gebäudebereich der zweitgrösste Verursacher von CO₂-Emissionen in der Schweiz. Deshalb braucht es nach ihrer Auffassung trotz der bestehenden Massnahmen weitere Verbesserungen zur Reduktion der Emissionen. Zielführende Massnahmen müssen immer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sein. Nur so sind sie wirksam, finanzierbar und von der Bevölkerung akzeptierbar. Das Ziel erreicht man nur mit Innovation, Fortschritt und guten Rahmenbedingungen – und nicht mit starrer Verbots- oder Gebotspolitik. Genau hier setzt das Postulat an. Er dankt dem Gemeinderat, dass dieser die Ausgestaltung der Förderung energietechnisch sinnvoller Sanierungen vertieft prüfen will. Es muss jetzt im Detail ausgearbeitet werden, ob die Anreize im Gebührenverzicht und/oder in der Beratung durch regionale Energieberatungen liegen. Weiter hält die FDP eine grundsätzliche Reduktion der Administration im Sinne einer Befreiung einer Baubewilligungspflicht, immer unter Berücksichtigung des Energiegesetzes, ebenfalls für einen wichtigen und effektiven Ansatz und Anreiz. Sie freuen sich auf die Resultate, welche der Gemeinderat dem Stadtrat vorlegen wird. Da es sich um einen Vorstoss handelt, der dem liberalen Grundgedankengut der FDP entspricht, überweist diese das Postulat einstimmig.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, könnte unmöglich gegen den Vorstoss sein. Auch wenn es noch andere Möglichkeiten gäbe, unterstützt die Fraktion Grüne/JG das Postulat nach dem Motto «Nichts ist zu klein, um ein Anreiz zu sein».

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, macht mit seiner Fraktion auf jeden Fall mit, wenn die SVP mit monetären und anderen Anreizen wichtige und sinnvolle Klimapolitik betreiben will.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, findet das Postulat auch sehr sinnvoll. Gemäss Fachleuten betreffen mögliche Einsparungen vor allem Gebäude. Gerade angesichts der Tatsache, dass bei der Sanierung von Altbauten alte Heizungsanlagen oft durch gleichartige Heizungsanlagen ersetzt werden, ist der Ansatz des Postulats geeignet. An der Podiumsveranstaltung von Minergie Schweiz wurde letzten November der gleiche Standpunkt vertreten. Wenn man nun das Beratungsangebot steigert, finanzielle Hürden mindert und weitere Anreize schafft, wie der Gemeinderat in Aussicht stellt – vielleicht sogar kantonal mit steuerlichen Massnahmen – ist die glp/BDP-Fraktion glücklich. Sie stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, unterstützt mit seiner Fraktion das Postulat und begrüsst diese sinnvolle Massnahme zur Förderung von energetischen Sanierungen. Als besonders sinnvoll erachten sie die Befreiung von der Baubewilligungspflicht, da nicht nur die Gebühr für die Bewilligung entfällt, sondern der ganze Aufwand für das Erstellen von Gesuchen und Formularen, damit verbundene Kosten und der Beizug von Fachleuten. Man kann mehr sparen als nur die Bewilligungsgebühr. Das ist wichtig, da es einfacher ist, eine Ölheizung durch eine neue zu ersetzen, als zur erneuerbaren Energie zu wechseln. Auch der Gebührenerlass bei der Beratung ist eine sinnvolle Massnahme. Die Beratung ist aktuell relativ kurz und dürfte künftig etwas mehr in die Tiefe gehen, für eine bessere Beratung der Bauherrschaft. Wichtig erscheint der SP-Fraktion, dass die Massnahmen auch mit anderen Förderfonds und Massnahmen zusammenpassen, die eventuell mit der Jugendmotion eingingen, damit diese als Gesamtpaket zusammengefasst werden können. Die SP-Fraktion unterstützt alle sinnvollen Massnahmen im Zusammenhang mit nachhaltiger und effizienter Nutzung der Energie.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, bedankt sich beim Rat für die wohlwollende Aufnahme des Postulats.

Der Stadtpräsident betont die Bedeutung der Debatte angesichts der laufenden Ortsplanungsrevision und des Baureglements, das Anfang November in die Mitwirkung gehen soll. Solche Fingerzeichen aus dem Stadtrat sind wichtig und geben dem Gemeinderat ein Signal zu seinen künftigen Arbeiten. Er ist dankbar für die gute Aufnahme.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

Sitzungsunterbruch von 18.35 bis 19.05 Uhr.

105. Postulat P 25/2019 betreffend das Erarbeiten eines Berichtes zu den Klimaschutzvorschlägen der Stadtratsfraktionen und Stadratsmitgliedern

Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Franz Schori (SP) stellt fest, dass der Gemeinderat und er gleichzeitig die gleichen Ideen hatten und er offene Türen eingerannt hat. Er dankt für die schnelle Beantwortung und ist gespannt auf den Bericht des Gemeinderats sowie auf die Diskussion im Rat und hofft auf dessen Zustimmung.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, geht davon aus, dass der Gemeinderat zu diesen zahlreichen Vorschlägen ohnehin ein Synthesepapier geschrieben hätte.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, ist auch der Überzeugung, dass der Gemeinderat bei diesen vielen Vorschlägen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz sowieso etwas unternommen hätte. Seine Fraktion hofft, dass bis zum Erscheinen des Berichts die Stadtratssitzungen von klimapolitischen Diskussionen etwas entlastet werden.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Annahme des Postulats und schliesst sich ihren Vorrednern an. Es würde sie interessieren, zu welchem Zeitpunkt mit dem Vorliegen des Berichts zu rechnen ist.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, findet die Kostenfolge der zu treffenden Massnahmen sehr wichtig. Er bittet den Gemeinderat, bei allen Massnahmen die Auswirkungen auf den Steuerzahler und das Gewerbe aufzuzeigen. Die SVP-Fraktion nimmt das Postulat an.

Gemäss **Hanspeter Aellig** (FDP) hat die FDP den Klimanotstand zwar nicht überwiesen, aber dennoch eine stattliche Anzahl von Vorschlägen eingereicht. Den Ansatz von Stadtrat Schori versteht er nicht ganz, da für ihn eine Rückmeldung des Gemeinderats in Form eines Berichts als Antwort selbstverständlich ist. Das Thema ist so umfassend, dass er nicht sicher ist, ob ein Bericht und eine Debatte im Stadtrat ausreichen. Er bittet deshalb um eine methodische Überprüfung sowohl auf inhaltlicher als auch auf zeitlicher Schiene. Die FDP stimmt dem Postulat zu.

Franz Schori (SP) betrachtet es auch als selbstverständlich, dass der Gemeinderat diese Vorschläge zusammenträgt. Dieser Bericht könnte statt dem ganzen Stadtrat auch nur einer SAKO zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Ob eine Debatte für das Thema ausreicht, bezweifelt auch er.

Der Stadtpräsident nimmt Stellung zur Frage der Fraktion Grüne/JG bezüglich des Zeitraums. Die Zuständigkeit des Dossiers geht an die Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt und wird dort von der Fachstelle Energie und Mobilität bearbeitet, die unterbesetzt ist und gerade ergänzt wird. Die vielen eingereichten Vorstösse müssen mit den Ressourcen der Verwaltung in Einklang gebracht werden. Aus diesem Grund kann er nicht allzu ambitionierte Angaben machen. Er hofft aber, dem Stadtrat im Verlauf des nächsten Jahres einen Bericht mit den benötigten Angaben vorlegen zu können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

106. Postulat P 9/2019 betreffend Umstellung auf CO₂-arme Fahrzeugflotte der Stadt Thun

Fraktionen Grüne/JG, SP, glp/BDP vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung des Postulats, die aus Umweltsicht viel Erfreuliches aufweist. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie zu so vielen Offerten von Fahrzeuglieferanten und -herstellern geführt hat. Auch positiv ist, was es in der Stadt Thun bereits an CO₂-

armen und elektrischen Fahrzeugen gibt, und dass bereits weitere in Planung sind. Einige Punkte haben Fragen aufgeworfen, von denen er sich erhofft, dass sie von Gemeinderat Konrad Hädener in seinem Schlussvotum beantwortet werden. So steht in der Antwort, die Festlegung von verbindlichen Kriterien für die nachhaltige Beschaffung von Fahrzeugen werde als zweckdienlich und sinnvoll erachtet. Er möchte wissen, wann diese verbindlichen Kriterien vorliegen und wie sie festgehalten werden. Die Antwort des Gemeinderats enthält ausserdem eine Auflistung der elektronischen Fahrzeuge. Hier würde seine Fraktion interessieren, wie gross deren Anteil an der Gesamtflotte ist. Auch der CO₂-Ausstoss der Gesamtflotte interessiert sie sowie die Reduktion des Ausstosses durch die neuen, mit erneuerbarer Energie betriebenen Fahrzeuge. Die Fraktion Grüne/JG wird die Entwicklung der Fahrzeugflotte mit grossem Interesse weiterverfolgen und ist für die Annahme des Postulats.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist positiv überrascht davon, was die Stadt im Bereich der E-Mobilität bereits alles umgesetzt hat. Bürgerinnen und Bürger der ganzen Schweiz können sich die Stadt Thun als Vorbild nehmen. Besonders positiv sind die Erfahrungen mit dem E-Lastwagen für die Müllabfuhr. Die Antwort des Gemeinderats auf diverse Punkte wie beispielsweise eine geräuscharme, kostengünstige, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger belastende Fahrzeugflotte mit einer höheren Akzeptanz wäre stets E-Mobilität. Gemeinderat Konrad Hädeners Präsentation in der SAKO liess den Schluss zu, dass die Stadt und ihre Mitarbeitenden begeistert von der E-Mobilität sind. Klar muss das Thema Umwelt gewichtet werden, doch die SP-Fraktion möchte alle anderen positiven Punkte ebenfalls betonen, da sie mindestens ebenso wichtig sind. Wenn die Mitarbeitenden weniger krank sind, weil sie bei ihrer Arbeit weniger belastet werden, ist das auch ein Kostenargument und positiv für die Stadt. Die Antwort des Gemeinderats auf die E-Mobilität ist ein sehr gutes Beispiel, welches man in der Klimadebatte auf viele andere Themen ummünzen kann. So bringt auch der Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen nebst der Umweltfreundlichkeit zahlreiche weitere Vorteile mit sich. Auch beim Siegenthalergut und bei Plus-Energie-Bauten ist die Antwort identisch. Die SP-Fraktion ist positiv überrascht von der E-Mobilität der Stadt und hofft, dass dieser Weg weiter beschritten wird und behält das Thema in Zukunft genau im Auge.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, erwähnt den E-Kehrriechwagen, mit dem Thun sogar international Aufsehen erregte. Der Vorstoss wirft der Stadt vor, in diesem Bereich zu wenig aktiv zu sein, obwohl sie eine Vorreiterrolle übernimmt. Es gibt viele Alternativen zur E-Mobilität und er wünscht sich, dass man offener wäre und zuerst die finanziellen Auswirkungen und die Klimafreundlichkeit überprüfen würde. Die Klimabilanz eines Elektro-LKWs sieht gegenüber der eines Diesel-LKWs bei genauerer Betrachtung nicht gerade beäussernd aus. Gerade die riesigen Batteriepakete verbrauchen eine beträchtliche Menge an Rohstoffen. Stadtrat Deriaz hat erst heute Morgen ein Bild in der Zeitung vom Kobaltabbau in Kenya gesehen. Auf diesem machen die Arbeiter keinen glücklichen Eindruck. Es scheint ihm manchmal, der CO₂-Ausstoss sei nicht so schlimm, solange er weit weg von uns anfallt und wir hier mit sauberen Fahrzeugen herumfahren können. Die Stadt hat mit der Anschaffung dieses Fahrzeugs etwas gewagt – doch gleichzeitig wird schon wieder kritisiert, es müsse weitergehen. Wenn die Stadt Serienfahrzeuge kaufen könnte, würde sie dies wohl in Betracht ziehen. Momentan sind die Fahrzeuge jedoch alles Prototypen; es liegen keine Erfahrungswerte vor und man sollte nicht mit Steuergeldern experimentieren. Die aktuelle Anschaffung erforderte schon nur für den Umbau den hohen Betrag von 900'000 Franken. Falls diese Fahrzeuge einmal Serienreife erreichen, sollte die Anschaffung auf jeden Fall in Betracht gezogen werden. Wie in Grundsatz-Energiefragen ist jedoch auch hier ein gesunder Mix wichtig und die Stadt sollte nicht nur auf eine Technologie setzen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt in diesem Bereich hervorragende Arbeit leistet, indem sie die Augen offenhält, Möglichkeiten ausprobiert, beurteilt und sich schlussendlich entscheidet – immer mit dem Gedanken, zur Umwelt Sorge zu tragen.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, findet bei der Beschaffung von neuen Fahrzeugen die Betrachtung des Gesamtbilds wichtig. Für seine Fraktion spielt nebst einer möglichst kleinen Umweltbelastung auch eine effiziente Beschaffung eine wichtige Rolle. Die Fahrzeuge müssen fähig sein, die gleichen Funktionen zu übernehmen wie ihre Vorgänger, so müssen sie z.B. im Stande sein, nach Goldiwil zu fahren. Er wünscht sich, dass die Stadt in Zukunft vermehrt darauf achtet, welche Fahrzeuge benötigt werden und welche Umweltbilanz die neuen Fahrzeuge aufweisen. Dabei ist es sinnvoll, die gesamte Fahrzeugflotte zu betrachten. Mit dem zu 100 Prozent elektrisch betriebenen Kehrriech-Fahrzeug ist eine schöne Geschichte entstanden. Dessen Beschaffungskosten sind laut Bericht rund doppelt so hoch wie für ein herkömmliches Fahrzeug. Daher lässt sich feststellen, dass eine Umstellung der Fahrzeugflotte ihren Preis hat, den die glp/BDP-Fraktion jedoch zu zahlen bereit ist. Sie nimmt das Postulat an.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sieht in der Tatsache, dass die Stadt Thun ab 2020 eine Vorreiterrolle mit Kehrichtabfuhr-Wagen einnimmt, vorausschauendes Handeln. Seine Fraktion dankt dem Gemeinderat für seinen ausführlichen Bericht. Dieser zeigt auf, dass die Stadt schon länger auf einem guten Weg ist – und dies ohne direkten Auftrag der Politik. Dies darf man durchaus anerkennen und würdigen. Bei der Beschaffung von Fahrzeugen sind neben dem CO₂-Ausstoss auch andere Kriterien zu berücksichtigen, so die Versorgungs- und Betriebssicherheit, Lärmbelastung oder Emissionen des Kehrichtwagens durch das Komprimieren von Abfall. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt dem Postulat zu.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) dankt dem Gemeinderat für seine umfangreiche Antwort. Wer in der Vergangenheit die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt mitverfolgt hat, hat bereits viele Antworten auf Fragen erhalten, die im Rat immer wieder gestellt werden. Der Rat hat die Legislaturziele verabschiedet und der Gemeinderat hat sich bereits um Massnahmen zum Thema Klimanotstand gekümmert. Daraus sieht man, dass es dem Gemeinderat mit dem Thema ernst ist. Die Anschaffung der neuen Fahrzeuge im Jahr 2020 wurde lange vor dem vorliegenden Vorstoss in die Wege geleitet. Stadträtin Ernst-Reusser ruft den Rat dazu auf, die Verwaltung ihre Arbeit machen zu lassen und nicht immer wieder zum gleichen Thema neue Vorstösse einzureichen, welche den Fortschritt der Verwaltung behindern. Die FDP unterstützt die Überweisung des Antrags.

Alice Kropf (SP) lädt Stadtrat Deriaz dazu ein, in dem lokalen Komitee für die Konzernverantwortungsinitiative zu kämpfen, wenn ihm die Verbesserung der himmeltraurigen sozialen und ökologischen Bedingungen des Kobaltabbaus in Kongo ein Anliegen ist.

Adrian Christen (SP) betont, dass der Titel des Postulats «Umstellung auf CO₂-arme Fahrzeuge» lautet und somit offenlässt, welcher Art die Fahrzeuge sind, solange sie CO₂-arm sind. Auf Stadtrat Werrens Argument betreffend Goldiwil entgegnet er, dass der grösste eDumper – ein elektrisch betriebenes Plus-Energie-Fahrzeug zum Abbau von Stein im Jura – eine positive Energiebilanz aufweist. Der eDumper fährt mit Stein beladen bergab und produziert dabei Strom, mit dem er anschliessend leer wieder bergauf fahren kann. Dies dürfte bei Goldiwil analog funktionieren, indem der Kehricht bergab in die KVA transportiert wird. Das wäre ein spannendes Experiment und dem Tiefbauamt durchaus zuzutrauen. Stadtrat Christen räumt ein, dass seine Fraktion etwas unwissend war, als sie den Vorstoss verfasste, und betont, dass es sich keineswegs um Kritik handelt. Die SP-Fraktion ist positiv überrascht von der Antwort des Gemeinderats und wünscht sich, dass die Stadt diesen Weg weiter beschreitet. An Stadtrat Deriaz gerichtet entgegnet er, dass ein Diesel-Fahrzeug im Vergleich zu einem Elektro-Fahrzeug siebeneinhalbmal mehr CO₂ ausstösst. Ausserdem braucht auch der Abbau von Öl Energie, wie das absurde Beispiel aus Kanada zeigt, wo zur Gewinnung von Ölsand mehr Energie verbraucht wird, als schlussendlich gewonnen wird. Die unglücklichen Menschen sehen auch nicht glücklicher aus, wenn sie Palmöl oder Stein für Küchenabdeckungen abbauen oder auf Kaffee- oder Teeplantagen schufteten. Deshalb stimmt er Stadträtin Kropf zu und ruft dazu auf, die Konzernverantwortungsinitiative zu unterstützen.

Gemeinderat Konrad Hädener ist sehr befriedigt von den Voten, da keine Kritik am Handeln des Gemeinderats laut wurde. Die Botschaft kam rüber, dass der Gemeinderat die Sache ernst nimmt und aus Überzeugung handelt, auch durch die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Leuchtturmprojekt. Er interpretiert das Votum von Stadtrat Christen dahingehend, dass ein gewisser Enthusiasmus seitens des Gemeinderats für diese Technologien deutlich wurde. Was fehlt, ist eine gewisse Nachvollziehbarkeit, nach welchen Kriterien der Gemeinderat bei der Beschaffung vorgeht. Es ist durchaus legitim und generiert keinen unverhältnismässigen Aufwand, dieses Vorgehen zu dokumentieren. Die von Stadtrat Barben erfragten Kriterien sind z.B. die Fragen nach der Lebensdauer der Fahrzeuge oder nach der Dauer der Nutzung eines Fahrzeugs, bevor dies wieder zum Zeitwert verkauft wird. Diese Fragestellungen kann der Gemeinderat durchaus dokumentieren, damit der Stadtrat seine Praxis nachvollziehen kann. Dazu kann er keinen festen Zeitpunkt nennen, geht jedoch von etwa einem halben Jahr aus. Die Fragen nach der Gesamtflotte und dem Verbrauch bzw. dessen Reduktion kann er nicht spontan beantworten, schlägt jedoch vor, sie nach erforderlicher Klärung in der SAKO zu beantworten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

107. Postulat P 11/2019 betreffend eine reduzierte MIV-Geschwindigkeit vom Maulbeerkreisel zum Lauitor

Franz Schori (SP), Thomas Hiltbold (Grüne/JG) und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2019; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener beantragt die Annahme und die Abschreibung des Postulats. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Umsetzung ist legitim. Der Gemeinderat hat die Absicht, das Dossier mit der Verkehrsmassnahme Ende November dem Obergeringenieurkreis I zu unterbreiten, der es prüfen und freigeben muss. Wie lange das dauert, ist nicht genau abschätzbar. Anschliessend erhält der Gemeinderat die Erlaubnis zur amtlichen Publikation, der eine Beschwerdefrist von 30 Tagen folgt. In Anbetracht dessen kann realistischere Weise eine Umsetzung im Verlauf des Februars ins Auge gefasst werden, allerdings in Abhängigkeit von allfälligen Beschwerden.

Franz Schori (SP) dankt dem Gemeinderat für die gute Aufnahme seines Anliegens. Dieses entstand bei der Diskussion um die Taxi-Durchfahrt auf der gleichen Achse. Von den Ratsmitgliedern, die das damalige Postulat nicht unterstützten, wurde die Sicherheit ins Feld geführt. Dies war der Auslöser, nachzuhaken und auf dem Streckenabschnitt mit einer Tempo-30-Signalisation die Sicherheit zu erhöhen. Das wird ermöglichen, Kontrollen durchzuführen und Fehlbare zu sanktionieren. Gemeinderat Konrad Hädeners Ausführungen betreffend Fahrplan kann er gut nachvollziehen. Stadtrat Schori ist mit der Überweisung und der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Thomas Hiltbold (Grüne/JG) gibt bekannt, dass es ihm gelungen ist, die Fraktion Grüne/JG von seinem persönlichen Standpunkt zu überzeugen und dass sie dem Vorstoss zustimmen wird. Er erachtet das Vorgehen von Stadtrat Schori als clever: Zuerst reichte dieser einen Vorstoss ein, der zu weit ging und einen gefährlichen Zustand schuf, indem das Einbahnregime aufgeweicht wurde und die Taxis geisterfahrerähnlich den grossen Massen und schnellen E-Bikes entgegenfahren konnten. Um dies zu korrigieren, reichte Stadtrat Schori den nächsten Vorstoss ein. Stadtrat Hiltbold ist der Meinung, dass die Verkehrssicherheit durch die Durchfahrt der Taxis und die ausholende Fahrweise der entgegenkommenden Fahrzeuge abnahm. Der vorliegende Vorstoss war deshalb eine schlaue Idee von «Taxi-Franz», da er die Verkehrssicherheit erhöht. Er glaubt, dass auch die Verkehrsflüssigkeit davon profitiert und hofft auf einstimmige Zustimmung.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist erstaunt darüber, dass seine Vorredner einen Teil des in der letzten Stadtratssitzung abgelehnten Projekts SEVI jetzt dennoch annehmen wollen. Es ist aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht möglich, tagsüber auf dem in Frage stehenden Strassenabschnitt 50 km/h zu fahren. Wenn es allerdings möglich ist – z.B. nachts – soll man auch ohne Busse mit Tempo 40-45 km/h passieren können. In der Nacht gibt es in diesem Bereich auch keine Sicherheitsbedenken und er ist froh über diesen Spielraum. Die geplanten blauen Wellen werden nach der Umsetzung des Projekts ebenfalls eine Reduktion der Geschwindigkeit erzielen. Die Aussage, dass einige Fahrzeuge in der Kurve ausholen, hat mit der Geschwindigkeit nichts zu tun, da diese auch bei tieferer Geschwindigkeit ausholen würden. Es geht im Moment nicht darum, einzelne Teile dieses abgelehnten Projekts zu forcieren, und auch als Konsequenz der letzten Abstimmung lehnt die SVP-Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, ist mit seiner Fraktion bereit, das Postulat zu unterstützen und gleichzeitig abzuschreiben, wenn die Sicherheit dadurch erhöht wird. Das Anliegen kann er teilweise nachvollziehen, auch wenn während der Hauptverkehrszeiten eine höhere Geschwindigkeit kaum möglich ist. Doch seine Fraktion sieht ein, dass an gewissen Stellen zu gewissen Zeiten ein Gefahrenpotential besteht und eine Temporeduktion die Situation deshalb verbessern kann.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erinnert daran, dass der Gemeinderat mit dem Vorschlag SEVI die Signalisation von 30 km/h bereits beschlossen hat. Das Wegkommen von «Generell 50» muss grundsätzlich begründet werden können, was in der Vorlage, die an der letzten Sitzung abgelehnt wurde, genügend getan wurde. Seine Fraktion hat der Vorlage damals zugestimmt und es gibt keinen Grund, dies jetzt zu verweigern. Es gilt, dass alle Verkehrsteilnehmenden angepasst und rücksichtsvoll fahren und jederzeit bremsen können. Die Fraktion EVP+EDU+CVP wird das Postulat konsequenterweise annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Markus van Wijk (FDP) gibt die Zustimmung der FDP zum Antrag des Gemeinderats bekannt. Die fehlende Verkehrsführung erachten sie als eines der Hauptprobleme im Stadtgebiet. Tempobeschränkungen kann man je nach Verkehrsfluss verändern. Er hegt die Hoffnung, dass im Rahmen des zukünftigen Projekts SmartCity solche Entwicklungen berücksichtigt werden können.

Thomas Hiltbold (Grüne/JG) versteht die Haltung von Stadtrat Deriaz nicht. Ab der Höhe Freienhof bis zum Lautorkreisel gibt es keinen einzigen Fussgängerstreifen und er findet es grobfahrlässig, wenn Stadtrat Deriaz dort nachts mit bis zu 50 km/h um die Kurve fahren will. Auf dem Strassenabschnitt ist nicht geregelt, wo man als Fussgänger die Strasse queren kann, weshalb Tempi über 30 km/h besonders nachts völlig verfehlt sind. Es ist wichtig, den Automobilistinnen und Automobilisten den Tarif durchgeben und die generelle Geschwindigkeit von 30 km/h festzulegen, damit alle Verkehrsteilnehmenden halbwegs sicher sind.

Franz Schori (SP) weist Stadtrat Deriaz auf die zeitliche Reihenfolge hin: Der vorliegende Vorstoss wurde am 6. Juni 2019 als Folge der Debatte über den Taxivorstoss eingereicht. Vom Projekt SEVI wusste der Stadtrat zum damaligen Zeitpunkt noch nichts. Wäre er bereits im Bild gewesen, hätte es den vorliegenden Vorstoss vielleicht wirklich nicht gebraucht. Er geht jedoch davon aus, dass SEVI früher oder später wieder aktuell wird. Beim vorliegenden Postulat handelt es sich jedoch um eine Einzelmassnahme, welche die Sicherheit erhöht, besonders in der scharfen Kurve zwischen Sinnebrücke und Lautor. Er findet es speziell, dass ausgerechnet die Partei, welche die Sicherheit stets in den Vordergrund stellt, gegen das Postulat ist.

Philipp Deriaz (SVP) entgegnet, dass seine Fraktion aus genau diesem Grund das Projekt SEVI annehmen wollte, welches all diese Massnahmen eingeschlossen hätte. Wenn man ihm Grobfahrlässigkeit vorwirft, sollte man das auch gegenüber denjenigen tun, welche SEVI nicht angenommen haben.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt fest, dass der Verkehr ein Thema ist, das bewegt. Der Gemeinderat hat auch in der SAKO Ausführungen dazu gemacht, dass die effektiv gefahrenen Geschwindigkeiten auf dieser Strecke einer Tempo-30-Signalisation entsprechen. Deshalb kann man nicht davon ausgehen, dass sich bei einer Änderung der Signalisation das Verhalten der Verkehrsteilnehmer gross ändern würde. Das müsste es aus seiner Sicht auch nicht – auch nicht tageszeitabhängig. Der Grund für die Massnahme ist, dass Tempo 30 für die vorliegenden Strassenverhältnisse die richtige Geschwindigkeit ist und man im Falle eines Unfalls über gewisse Sanktionsmöglichkeiten verfügen würde. Rein praktisch ist auf der Sinnebrücke eine Gewichtsreduktion von 36 auf 28 Tonnen nötig. Die ganze Verfügung von Verkehrsmassnahmen und die eingangs von ihm skizzierte Abfolge werden also ohnehin umgesetzt. Daher ist der Aufwand gering, Tempo 30 gleich einzuschliessen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 10 Stimmen als erheblich und schreibt es einstimmig ab.

108. Postulat P 8/2019 betreffend Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen in der Stadt Thun

Simon Werren, Daniela Huber Notter, Reto Vannini, alle BDP, vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel betont, dass die Thematik auch in anderen Städten aktuell ist. So kennt Chur bereits seit längerem ein solches Verbot und macht damit gute Erfahrungen. Die Stadt Luzern befindet sich in der gleichen Phase wie Thun und hat das Thema aufgenommen. Beim vorliegenden Postulat geht es seines Erachtens nicht primär um den Rauch, sondern um die herumliegenden Zigarettenstummel. Der Gemeinderat möchte die Thematik auch auf den neun verbleibenden Spielplätzen aufnehmen. Anstelle eines – wohl schwer durchsetzbaren – Verbots wünscht er sich Alternativen.

Simon Werren (glp) dankt dem Gemeinderat für seine positive Aufnahme des Anliegens. Den Postulanten liegt die Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere die der Kinder am Herzen. Erfahrungen wie diese aus Chur zeigen, dass Empfehlungen, das Rauchen auf Spielplätzen zu unterlassen, nicht gross beachtet

werden. Es wird sich zeigen, ob es ein Verbot braucht oder ob eine andere geeignete Massnahme reicht. Die Stadt Thun hat nun die Gelegenheit, eine Vorbildfunktion zu übernehmen, indem sie eine gute Lösung entwickelt. Die glp-Mitglieder werden das Postulat annehmen.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, sieht im Postulat deutlich die Forderung nach einem Rauchverbot. Seine Fraktion ist anderer Meinung und sieht den entscheidenden Punkt in der Frage nach der Durchsetzbarkeit eines solchen Verbots. Welchen Nutzen hat ein Verbot, wenn es nicht konsequent durchgesetzt werden kann? Aufklärung, Hinweise und begleitende Massnahmen wirken mehr. Die SVP-Fraktion glaubt an die Eigenverantwortung der Beteiligten, das Rauchen auf einem Kinderspielplatz als nicht opportun einzustufen. Er empfiehlt dem Gemeinderat daher, in erster Linie die Verbesserung der Situation ohne Verbot in Betracht zu ziehen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Hanspeter Aellig (FDP) betont, dass der FDP trotz ihrer negativen Haltung gegenüber dem Postulat der Schutz der Bevölkerung und insbesondere der Kinder vor Aktiv- und Passivrauchen wichtig ist. Andererseits gilt es zu berücksichtigen, dass öffentliche Spielplätze nicht isoliert als Spielplätze, sondern als Treffpunkte und Sozialräume mit einer Mehrfachnutzung für die ganze Bevölkerung konzipiert wurden – z.B. als Grillplätze oder Liegewiesen. Ein Verbot würde ins Leere laufen, da es nicht überprüfbar wäre. Auch gilt es zu vermeiden, Präzedenzfälle zu schaffen, sonst käme plötzlich die Frage auf, ob das Rauchen in Gartenrestaurants noch gestattet sein soll. Er appelliert an ein gesundes Augenmass und an die Eigenverantwortung der Bevölkerung. Hinsichtlich der herumliegenden Zigarettenstummel ist die Pflege der Spielplätze entscheidend, die gerade im Zusammenhang mit dem wieder aufkommenden Fuchsbandwurm ohnehin einen hohen Stellenwert einnimmt. Die FDP lehnt das Postulat mehrheitlich ab.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, gibt bekannt, dass die Mehrheit ihrer Fraktion der Prüfung eines Verbots sowie anderen Massnahmen zur Verbesserung der Situation zustimmt. Ihnen ist klar, dass Verbote durchsetzbar sein müssen, um einen Nutzen zu erzielen. In anderen öffentlichen Räumen wie z.B. Bahnhöfen wird mit Zonen gearbeitet. Eine solche Signalisation, welche die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert, könnte sich die SP-Fraktion auch für Spielplatzareale vorstellen. Als Folge davon wäre auch eine Abnahme von Littering zu erwarten.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, mahnt, dass sich Raucher abgelehnt fühlen, wenn man etwas gegen das Rauchen sagt. Er betont, dass er persönlich nicht das Geringste gegen Raucher hat, die auch Menschen sind wie alle anderen – rücksichtslos und harmoniebedürftig. Er erwähnt als Beispiel das Lehrerzimmer des Schulhauses Progymatte, das über Jahre hinweg eine Raucherhöhle sondergleichen war. Obwohl es Lehrpersonen gab, die das Lehrerzimmer nicht mehr betreten konnten, brauchte es erst ein Verbot, bevor das Lehrerzimmer rauchfrei wurde. Die Situation ist eine andere in Gartenrestaurants, wo man dem Tischnachbarn das Rauchen nicht verbieten darf. Das Rauchverbot in öffentlichen Räumen konnte jedoch reibungslos eingeführt werden, ohne Polizei oder Securitas. Das Rauchverbot auf Kinderspielplätzen wird man nicht durchsetzen müssen – er vertraut auf die soziale Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger, die bei der Durchsetzung helfen werden. Wenn man einem Raucher sagt, er solle aufhören zu rauchen, wird er dem wegen seiner Harmoniebedürftigkeit auch Folge leisten. Schulanlagen sind rauchfrei und er sieht nicht ein, weshalb nicht auch Spielplätze rauchfrei sein sollten. Die Fraktion EVP+EDU+CVP unterstützt den Prüfungsauftrag und schlägt vor, eine Raucherzone zu schaffen, damit auch Raucher auf Spielplätzen anwesend sein können.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, teilt die Haltung der BDP und möchte die Bevölkerung und insbesondere Kinder vor den negativen Auswirkungen des Rauchens schützen. Seine Fraktion bringt dem Rauchverbot jedoch eine gewisse Skepsis entgegen. Ein Verbot muss wirksam und klar definiert sein, damit die Justiz konkrete Fälle beurteilen kann. Gerade aufgrund der offenen Gestaltung der Spielplätze müsste das Areal ganz genau definiert werden, um zu wissen, wo geraucht werden darf und wo nicht. All das ist mit Aufwand verbunden und sollte schlussendlich auch noch eine Wirkung erzielen. Die Fraktion Grüne/JG zweifelt daran und hält das Ganze für eine unverhältnismässige Übung, da Verbesserung versprochen, aber nicht erreicht würde. In unseren Nachbarländern Deutschland und Österreich, wo man solche Rauchverbote kennt, beschwerten sich Bürger auf Foren, dass trotzdem auf Spielplätzen geraucht werde und niemand eingreife. Es kann nicht sein, dass eine Bürgerwehr im Sinne von Stadtrat Locher zum Rechten schauen muss. Das Hauptproblem ist dabei, dass Eltern rauchen. Wenn man Raucherinnen und Raucher nun aus dem öffentlichen Raum verbannt, rauchen diese mehr zuhause, was den Kindern noch

mehr schadet. Er weilt häufig auf dem Spielplatz beim Thunerhof und sieht niemanden, der den Kindern den Rauch direkt ins Gesicht bläst. Aus dem Votum von Gemeinderat Roman Gimmel hörte er heraus, dass vor allem das Littering ein Problem darstellt. Dagegen gibt es seines Erachtens Strafnormen. Man müsste in Erwägung ziehen, mehr Aschenbecher aufzustellen, um eine richtige Entsorgung zu ermöglichen. Die Fraktion Grüne/JG lehnt den Vorstoss fast einstimmig ab.

Alice Kropf (SP) teilt die Meinung der GegnerInnen des Postulats. Sie sieht in der Durchsetzbarkeit eines Verbots ein riesiges Problem und für sie ist es eine Horrorvorstellung, dass die Hunde-Security Raucherinnen und Raucher von den Spielplätzen vertreiben und ihnen Bussen androhen sollte. Schon nur deshalb ist sie vehement gegen diesen Vorstoss. An Stadtrat Locher gerichtet betont sie, dass sie kein Raucher, sondern eine Raucherin ist – und nicht harmoniebedürftig.

Peter Aegerter (SVP) stimmt dem Votum von Stadtrat Hiltbold zu, der ihm aus dem Herzen gesprochen hat. Er hält Stadtrat Locher entgegen, dass die soziale Kontrolle im Falle des neu eingeführten Rauchverbots auf den Bahnhöfen überhaupt nicht funktioniert. Niemand spricht die Raucher an, da sich niemand Probleme einhandeln will. Es handelt sich auch dort um ein Verbot, das nicht durchgesetzt wird. Gegen solche Verbote stellt sich seine Fraktion vehement. Punkto Littering kann er sich nicht daran erinnern, dass in der Stadt Thun jemals ein Kind einen Zigarettenstummel verschluckt hätte. Es ist Eigenverantwortung der Eltern gefragt, auch gerade, weil die Spielplätze räumlich nicht deutlich abgegrenzt sind. Er bittet den Rat deshalb um Ablehnung des Postulats.

Eveline Salzmann (SVP) bestätigt die Aussage von Stadtrat Hiltbold bezüglich der Beweisschwierigkeiten. Sie betont jedoch, dass die SVP-Fraktion gegen das Rauchen auf Spielplätzen ist und sich eine Verbesserung ohne Verbot wünscht.

Simon Werren (BDP) stellt fest, dass sich die Ablehnung des Postulats abzeichnet. Er wünscht sich, dass dennoch Massnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 20 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

109. Interpellation I 10/2019 zur Infrastrukturbewirtschaftung, zur Verkehrsführung und zum Bauverfahren in der Innenstadt Thun

Markus van Wijk, Hans-Peter Aellig, Susanna Ernst, alle FDP, vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Hanspeter Aellig (FDP) ist befriedigt und wünscht keine Diskussion.

110. Interpellation I 12/2019 betreffend Optimierung der Parkhausnutzung in der Gemeinde Thun

Markus van Wijk, Hans-Peter Aellig, Susanna Ernst, alle FDP, vom 16. Mai 2019; Beantwortung

Hanspeter Aellig (FDP) ist befriedigt und wünscht keine Diskussion.

111. Fragestunde F 17/2019 betr. Schweizer Klimabündnis-Städte

Adrian Christen (SP) vom 20. August 2019; Beantwortung

Die Frage F 17/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

112. Fragestunde F 18/2019 betreffend Flugshows von Militärjets über Thun

Reto Kestenholz (Grüne) vom 17. September 2019; Beantwortung

Die Frage F 18/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

113. Fragestunde F 19/2019 betreffend Zugänglichkeit und Pflege (physisch, digital) von AED-Standorten

Hans-Peter Aellig, Markus van Wijk, Susanne Ernst (FDP) vom 17. September 2019; Beantwortung

Die Frage F 19/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

114. Fragestunde F 20/2019 betreffend Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser

Katharina Ali-Oesch (Fraktion SP) vom 17. September 2019; Beantwortung

Die Frage F 20/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

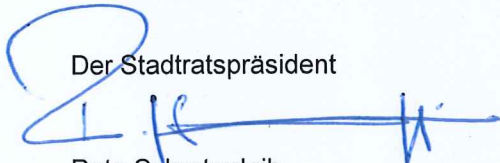
Der Stadtratspräsident informiert den Rat, dass die Schweizer Frauen-Nationalmannschaft im Fussball am 8. Oktober 2019 ihr Spiel im Rahmen der Qualifikation zur Europameisterschaft in der Stockhorn Arena austrägt. Die Stadt Thun hat ein Kontingent an Gratis-Eintritten erhalten und Interessierte können sich bei der Stadtkanzlei melden.

Er wünscht allen einen schönen Ausschiesset.

Eingänge

- P 28/2019 Postulat betreffend nachhaltige Ernährung; Fraktionen Grüne/JG und SP vom 19. September 2019
- P 29/2019 Postulat: Ab 17:00 Uhr in die Thuner Badis zum Feierabend-Tarif; Fraktionen SP, EVP+EDU+CVP und Mitunterzeichnende vom 19. September 2019
- I 18/2019 Interpellation betreffend Leihvelos von Velospot in der Stadt Thun; Alain Kleiner (SVP), SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. September 2019
- I 19/2019 Interpellation: Finanzielle Implikationen rund um das Siegenthalergut; Fraktion EVP+EDU+CVP

Der Stadtratspräsident



Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder

